

Im Folgenden findet Ihr unsere Anfragen an die Pressestelle des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales aus den Jahren 2017 und 2018 sowie die jeweiligen Antworten.

Anfrage von BuzzFeed News Deutschland vom 2. November 2018 um 11.27 Uhr

Sehr geehrte Frau Jäger:

Vielen Dank Ihnen für Ihre telefonische Rückmeldung gestern bezüglich unserer Interviewanfrage für Bundesminister Hubertus Heil. Leider habe ich Sie soeben telefonisch nicht erreicht. Sie können es gerne später nochmal bei mir unter 0151 407 95 370 probieren.

Vielen Dank Ihnen und beste Grüße
Daniel Drepper

Antwort von BMAS-Pressesprecherin Christina Jäger vom 2. November um 13.56 Uhr

Sehr geehrter Herr Drepper,

da ich Sie direkt nicht erreiche, hier eine kurze Zwischenmeldung: Ein Interview mit Minister Heil wird schwer zu realisieren sein. Doch der zuständige Staatssekretär Björn Böhning dürfte ansprechbar sein. Doch für eine Absprache mit ihm bräuchte ich genauere Angaben zu Ihren Fragen, die Themenfelder sind bisher noch sehr weit gefasst.

Ich freue mich auf Ihre Antwort!

Mit freundlichen Grüßen

Christina Jäger

Antwort von BuzzFeed News Deutschland vom 5. November um 12.19 Uhr

Sehr geehrte Frau Jäger:

Vielen Dank Ihnen für das freundliche Telefonat. Das ZDF würde sich sehr freuen, wenn wir am 24. November in Jena am Rande des Zukunftsdialogs ein Interview mit Herrn Heil führen könnten. Vielleicht ist im Rahmen des Termins ohnehin eine Pressekonferenz vorgesehen und wir können daran anschließen? Ich freue mich auf Ihre Rückmeldung.

Beste Grüße
Daniel Drepper

Antwort von BMAS-Pressesprecherin Christina Jäger vom 6. November 2018 um 10.48 Uhr

Sehr geehrter Herr Drepper,

leider klappt das Interview auch in Jena nicht, der Zeitplan des Ministers ist einfach zu eng gestrickt.

Insofern bitte ich Sie, noch einmal über ein Gespräch mit dem Staatssekretär nachzudenken!

Mit freundlichen Grüßen

Christina Jäger

Antwort von BuzzFeed News Deutschland vom 7. November um 10.57 Uhr

Sehr geehrte Frau Jäger:

Vielen Dank Ihnen für die schnelle Rückmeldung. Schade, dass es mit Herrn Bundesminister Heil nicht klappt. Wir würden dann tatsächlich versuchen, einen Termin mit Herrn Staatssekretär Björn Böhning zu bekommen. Ich habe meine ZDF-Kollegin Sanaz Saleh-Ebrahimi in Kopie genommen.

Sehr gut würde es uns am 16. November oder am 19. November jeweils vormittags bis etwa 13/14 Uhr passen. Die anderen Tagen sind in den kommenden beiden Wochen schon sehr voll. Ebenfalls passen würde es uns zwischen dem 26. November und dem 4. Dezember. Wann würde es Ihnen beziehungsweise Herr Böhning passen?

Sobald wir einen Termin haben würden wir dann auch noch einmal die Bereiche einschränken, zu denen wir konkret fragen wollen, so dass sich Herr Böhning angemessen vorbereiten kann.

Vielen Dank Ihnen noch einmal und beste Grüße
Daniel Drepper

Antwort von BMAS-Pressesprecherin Christina Jäger vom 8. November um 9.49 Uhr

Sehr geehrter Herr Drepper,

es tut mir ausgesprochen leid: Wir kriegen auch ein Interview mit Herrn Staatssekretär Böhning allein schon zeitlich nicht hin.

Daher kann ich Ihnen nur anbieten, dass Sie uns konkrete Fragen zusenden und wir diese (binnen einer angemessenen Frist) schriftlich beantworten.

Entschuldigen Sie bitte die Umstände!

Mit freundlichen Grüßen

Christina Jäger

Antwort von BuzzFeed News Deutschland vom 13. November 2018 um 10.40 Uhr

Sehr geehrte Frau Jäger:

Entschuldigen Sie die verspätete Rückmeldung. Das ist natürlich sehr schade, wir hätten uns sehr über ein Gespräch gefreut. Wir werden Ihnen dann in den kommenden Tagen einige Fragen für eine schriftliche Rückmeldung zukommen lassen.

Vielen Dank Ihnen dennoch und beste Grüße
Daniel Drepper

Anfrage von BuzzFeed News Deutschland vom 12. November 2018 um 12.16 Uhr

Sehr geehrte Frau Dr. Haas,

ich bin freie Wissenschaftsjournalistin und arbeite momentan an einer Reportage für die Sendung ZDFzoom. Für diesen Film möchte ich mich gerne für die Veranstaltung Zukunftsforum Jena "Neue Arbeit - Neue Sicherheit" mit Bundesminister Hubertus Heil am 24.11. in Jena akkreditieren lassen.

Mein Kameramann heißt Daniel Taufest. Der Name des Assistenten steht noch nicht fest.

Ich freue mich auf Rückmeldung von Ihnen. Bei Fragen können Sie mich jederzeit gerne unter 0151 / 423 4444 6 oder per Mail erreichen.

Herzlichen Dank im Voraus und viele Grüße,

Sanaz Saleh-Ebrahimi

Antwort von BMAS-Pressesprecherin Patricia Falk vom 12. November 2018 um 13.19 Uhr

Sehr geehrte Frau Saleh-Ebrahimi,
ich habe Ihre Anmeldung weitergeleitet.

Mit freundlichen Grüßen

Patricia Falk

Antwort von BuzzFeed News Deutschland vom 12. November 2018 um 13.21 Uhr

Sehr geehrte Frau Falk,

vielen Dank Ihnen. Benötigen Sie noch weitere Informationen oder bin ich hiermit angemeldet?

Vielen Dank und viele Grüße,

Sanaz Saleh-Ebrahimi

Antwort von BMAS-Pressesprecherin Patricia Falk vom 12. November 2018 um 13.52 Uhr

Sehr geehrte Frau Saleh-Ebrahimi
Ich gehe davon aus, das Sie angemeldet sind.
Viele Grüße
Patricia Falk

Anfrage von BuzzFeed News Deutschland vom 26. November 2018 um 11.12 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren:
Sehr geehrte Frau Jäger:

Ich melde mich noch einmal bei Ihnen wegen eines Interviewtermins mit Hubertus Heil für die Sendung ZDFzoom. Wir hatten zuletzt zwischen dem 2. und dem 8. November Kontakt wegen möglicher Termine bis zum einschließlich 4. Dezember. Leider hatten Sie uns sowohl für Herrn Heil, als auch für Herrn Böhning keine Interviewtermine geben können.

Am Samstag, 24. November, waren meine Kollegin Sanaz Saleh-Ebrahimi (in CC) daher mit unserem Kamerateam beim Zukunftsdialog in Jena. Leider haben uns die Kolleg*innen dort ebenfalls kein Interview führen lassen. Herr Heil sagte meiner Kollegin jedoch, dies sei ein wichtiges Thema und er würde gerne zurück in Berlin mit uns darüber reden.

Deshalb frage ich Sie heute erneut an und bitte um ein Interview. Wir hatten ursprünglich die Frist bis zum 4. Dezember gesetzt, würden diese aber jetzt ausweiten auf den 7. Dezember, um ein Interview noch möglich zu machen.

Wir würden uns sehr freuen, wenn ein Interview in dieser oder der kommenden Woche tatsächlich noch zustanden kommen würde, da wir das Thema für sehr wichtig halten.

Bei Rückfragen können Sie mich jederzeit per E-Mail oder auch telefonisch erreichen.

Vielen Dank Ihnen und beste Grüße
Daniel Drepper

Nachfrage von BuzzFeed News Deutschland vom 7. Dezember 2018 um 12.34 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren:
Sehr geehrte Frau Jäger:

Vor elf Tagen hatte ich mich noch einmal bei Ihnen wegen eines Video-Interviews für ZDFzoom und BuzzFeed News Deutschland gemeldet. Telefonisch hatten Sie mir im Anschluss versichert, sich mit dem Büro Böhning noch einmal zu verständigen, ob ein Interview bis zum heutigen Freitag, 7. Dezember, möglich wäre. Leider habe ich bislang von Ihnen keine Rückmeldung erhalten.

Nach erneuter Rücksprache mit der Redaktion von ZDFzoom haben wir die Produktionsprozesse für die Doku noch einmal aufgeschnürt und die Frist noch einmal verlängert. Der mögliche Zeitraum hat sich für uns daher bis auf den 20. Dezember ausgedehnt. Wir würden uns sehr freuen, wenn ein Interview mit Hubertus Heil oder Björn Böhning in den kommenden beiden Wochen – bis zum 20. Dezember einschließlich – möglich wäre.

Bei Rückfragen können Sie sich natürlich jederzeit per E-Mail oder telefonisch bei mir melden.

Vielen Dank Ihnen und beste Grüße
Daniel Drepper

Antwort vom BMAS-Pressesprecherin Jarmila Schneider vom 11. Dezember 2018 um 13.23 Uhr

Sehr geehrter Herr Drepper,

ich kann Ihnen ein Interview mit Herrn Böhning in Aussicht stellen. Wir sind hierzu allerdings noch auf der Suche nach einem Termin. Könnten Sie uns der besseren inhaltlichen Vorbereitung bitte schon einmal mitteilen, worum es Ihnen konkret geht und uns hierzu einige Leitfragen zukommen lassen?

Mit bestem Dank und freundlichem Gruß

Jarmila Schneider
Stellvertretende Pressesprecherin

Antwort von BuzzFeed News Deutschland vom 11. Dezember 2018 um 14.38 Uhr

Sehr geehrte Frau Schneider:

Vielen Dank Ihnen für die erfreuliche Rückmeldung. Wir würden uns freuen, sollte es zu einem Interview kommen. Ich habe Ihnen unten einige Leitfragen aufgeschrieben, zu denen sich natürlich im Interview weiter Fragen oder spezielle Nachfragen ergeben können.

Bei Rückfragen können Sie sich jederzeit gerne melden.

Beste Grüße
Daniel Drepper

Wie bewerten Sie die aktuelle Situation der Berufsgenossenschaften und des Berufskrankheitenrechtes?

Seit Jahren gibt es zahlreiche Vorschläge, das Berufskrankheitenrecht zu reformieren. Welche konkreten Dinge planen Sie mit ihrer angekündigten Änderung?

Die Berufsgenossenschaften nehmen eine mächtige Sonderrolle ein: Sie sind für die Prävention zuständig. Wenn die Prävention versagt, sollen sie selbst im Sinne der Betroffenen ermitteln. Danach sollen sie bewerten, ob ihre eigenen Ermittlungen den Schluss zulassen, dass eine Berufskrankheit vorliegt. Und wenn sie sich selbst dieses Versagen attestieren, müssen sie für die Kosten aufkommen. Wie bewerten Sie diese Konstellation?

Experten kritisieren, dass die Unfallversicherungsträger die Quote anerkannte Berufskrankheiten durch gezielte Auswahl medizinischer Gutachter steuern. Zudem könnten Betroffene nicht erkennen, ob ein Gutachter von den Unfallversicherungsträgern finanziell abhängig ist. Wie bewerten Sie dies?

Wie bewerten Sie die Arbeit der Renten- und Widerspruchsausschüsse in den Berufsgenossenschaften?

In den Bundesländern geht die Zahl der Landesgewerbeärzte seit Jahren zurück. Wie bewertet das BMAS diese Entwicklung?

Unabhängige Beratungsstellen für Arbeitnehmer gibt es nur in Bremen und Hamburg, finanziert durch die jeweiligen Länder. Wie bewerten Sie diese Einrichtungen?

Bisher sind Arbeitnehmer verpflichtet, für die Anerkennung von Berufskrankheiten einen Vollbeweis zu erbringen. Diese Regelung stammt von 1925. Heute hat sich die Arbeitswelt stark verändert. Experten fordern, dass eine „hinreichende Wahrscheinlichkeit“ ausreichen soll, um eine Berufskrankheit anerkannt zu bekommen. Wie bewerten Sie dies?

Antwort von BMAS-Pressesprecherin Jarmila Schneider vom 13. Dezember 2018 um 17.16 Uhr

Sehr geehrter Herr Drepper,

vielen Dank für die Konkretisierung Ihrer Fragen. Inzwischen hat sich ergeben, dass Staatssekretär Schmachtenberg das Interview übernehmen wird. Schwierig ist dabei indessen die Terminfindung. Sollte das Interview zwingend noch vor Weihnachten erfolgen, können wir Ihnen leider nur Freitag, den 21. Dezember am Nachmittag anbieten. Käme das für Sie denn Frage?

Mit freundlichem Gruß

Jarmila Schneider
Stellvertretende Pressesprecherin

Antwort von BuzzFeed News Deutschland vom 18. Dezember 2018 um 14.33 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren:

Sehr geehrte Frau Schneider:

Ich arbeite als Journalist seit längerer Zeit zum Berufskrankheitenrecht. Derzeit produziere ich gemeinsam mit meiner Kollegin Sanaz Saleh-Ebrahimi (in CC) in einer Kooperation zwischen ZDFzoom und BuzzFeed News Deutschland eine Dokumentation sowie mehrere Texte zum Thema.

Wir hatten in den vergangenen Wochen bereits einige Male Kontakt bezüglich eines Interviewtermins mit Hubertus Heil oder Björn Böhning. Zuletzt hatten wir unsere Frist für ein Interview noch einmal bis zum 20. Dezember verlängert. Leider hatte Frau Jarmila Schneider

am vergangenen Donnerstag, 13. Dezember, lediglich die Möglichkeit, uns einen Termin mit Herrn Staatssekretär Schmachtenberg am Nachmittag des 21. Dezember anzubieten. Dies ist zu unserem großen Bedauern bei uns zeitlich leider nicht mehr möglich.

Leider müssen wir deshalb auf eine schriftliche Beantwortung unserer Fragen ausweichen. Ich möchte Sie deshalb bitten, uns auf unsere unten anhängenden schriftlichen Fragen zu antworten. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie uns die Antworten bis zum Donnerstag, 3. Januar 2019, um 14 Uhr zukommen lassen würden.

Parallel zur Dokumentation bei ZDFzoom veröffentlichen wir einen Text bei BuzzFeed News Deutschland. Für diesen Text haben wir aufgrund des geringeren Produktionsvorlaufes eine spätere Deadline. Ich kann Ihnen für die unten als zusätzlich gekennzeichneten Fragen daher Zeit einräumen bis zum Montag, 14. Januar 2019.

Sollten Sie Rückfragen haben, erreichen Sie mich selbstverständlich jederzeit per E-Mail oder auch unter +49 151 407 95 370.

Vielen Dank Ihnen und beste Grüße
Daniel Drepper

Fragen für die Dokumentation, Frist 3. Januar:

Wie bewerten Sie die aktuelle Situation der Berufsgenossenschaften und des Berufskrankheitenrechtes in Deutschland?

In Deutschland bekommen vergleichsweise wenige Menschen eine Berufskrankheit anerkannt. So haben zum Beispiel Seidler und Girbig 2011 ausgewertet, dass in Deutschland knapp 40 von 100.000 Menschen eine Berufskrankheit anerkannt bekommen, in Frankreich dagegen rund 190 und in Schweden sogar 250. Wie bewerten Sie dies? Wollen Sie die Zahl der anerkannten Berufskrankheiten in Deutschland erhöhen? Falls ja, wie? Falls nein, warum nicht?

Seit Jahren gibt es zahlreiche Vorschläge, das Berufskrankheitenrecht zu reformieren. Die Bundesländer haben mindestens seit 2011 Reformvorschläge gemacht und diese seitdem regelmäßig überarbeitet und neu veröffentlicht. Das Schwarzbuch Berufskrankheiten der IG Metall gibt es seit 2013. Seit 2016 hat sogar die DGUV ein Weißbuch Berufskrankheiten vorgelegt. Beteiligte berichten, 2019 soll ein Gesetzesentwurf vorgelegt werden. Trifft es zu, dass ein Gesetzesentwurf für Sommer 2019 in Planung ist? Warum dauert das so lange?

Welche konkreten Dinge planen Sie mit ihrer angekündigten Änderung? Welche der Vorschläge von IG Metall, Bundesländern, DGUV planen Sie zu übernehmen?

Die Berufsgenossenschaften nehmen eine Sonderrolle ein: Sie sind für die Prävention zuständig. Wenn die Prävention versagt, sollen sie selbst im Sinne der Betroffenen ermitteln.

Danach sollen sie bewerten, ob ihre eigenen Ermittlungen den Schluss zulassen, dass eine Berufskrankheit vorliegt. Und wenn sie sich selbst dieses Versagen attestieren, müssen sie für die Kosten aufkommen. Wie bewerten Sie diese Konstellation? Planen Sie, diese Konstellation zu reformieren? Falls ja: Wie? Falls nein: Warum nicht?

Wie bewerten Sie, dass Expositionsermittlungen ausschließlich von Präventionsbeamten der Berufsgenossenschaften selbst durchgeführt werden? Planen Sie, diese Konstellation zu reformieren? Falls ja: Wie? Falls nein: Warum nicht?

Experten kritisieren, dass die Unfallversicherungsträger die Quote anerkannte Berufskrankheiten durch gezielte Auswahl medizinischer Gutachter steuern. Zudem könnten Betroffene nicht erkennen, ob ein Gutachter von den Unfallversicherungsträgern finanziell abhängig ist. Wie bewerten Sie dies? Planen Sie, die Auswahl der medizinischen Gutachter und die Transparenz über mögliche Abhängigkeiten zu reformieren? Falls ja: Wie? Falls nein: Warum nicht?

In den Rentenausschüssen der Berufsgenossenschaften sitzen paritätisch Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Allerdings haben die Vertreter der Arbeitnehmer keine realistische Möglichkeit, vor den Sitzungen die Unterlagen einzusehen; sie müssen oft über 20 oder 30 Akten in zwei oder drei Stunden entscheiden; sie fühlen sich unseren Recherchen nach häufig überfordert. Eine effektive Kontrolle der Entscheidungen der Sachverständigen in den Berufsgenossenschaften ist somit nicht gegeben. Wie bewerten Sie dies? Planen Sie, diese Konstellation zu reformieren? Falls ja: Wie? Falls nein: Warum nicht?

In den Bundesländern geht die Zahl der Landesgewerbeärzte seit Jahren zurück. Viele Landesgewerbeärzte decken deshalb nicht mehr alle einstmals ausgeübten Aufgaben ab und kontrollieren auch nur noch einen Teil der gemeldeten Berufskrankheitenverfahren. Zuletzt haben sich die Landesgewerbeärzte nur noch jede Berufskrankheiten-Verdachtsanzeige angesehen. Zahlreiche Experten kritisieren dies. Wie bewertet das BMAS diese Entwicklung? Gibt es Pläne, sich hier einzuschalten?

Bisher sind Arbeitnehmer verpflichtet, einen Vollbeweis zu erbringen. Diese Regelung stammt von 1925. Heute hat sich die Arbeitswelt stark verändert. Experten fordern, dass eine „hinreichende Wahrscheinlichkeit“ ausreichen soll, um eine Berufskrankheit anerkannt zu bekommen. Wie bewerten Sie dies?

Zusätzliche Fragen für den Text auf BuzzFeed News Deutschland, Frist 14. Januar:

Experten kritisieren, dass die Sachbearbeiter in den Berufsgenossenschaften nicht ausreichend qualifiziert sind, um die vielfältigen medizinisch-rechtlichen Bewertungen der einzelnen Berufskrankheiten vorzunehmen. Es solle eine verstärkte Qualifizierung und Spezialisierung

geben. Wie bewerten Sie dies? Planen Sie, die Arbeit der Sachbearbeiter in den Berufsgenossenschaften zu reformieren? Falls ja: Wie? Falls nein: Warum nicht?

Welche (wissenschaftlichen) Erkenntnisse gibt es über die Qualität der Verwaltungsabläufe in den Berufsgenossenschaften? Wann sind diese das letzte Mal einer Qualitätsanalyse unterzogen worden und wie sah diese aus? Was war das Ergebnis? Können Sie uns diese Analyse bitte zukommen lassen?

Wie bewerten Sie den Unterlassungszwang? Planen Sie, diesen abzuschaffen? Falls ja: Wie? Falls nein: Warum nicht?

Experten und Mitglieder des Ärztlichen Sachverständigenbeirats Berufskrankheiten kritisieren, dass der Beirat zu wenig Mittel hat, um effizient zu arbeiten. Um zeitnah neue Berufskrankheiten verabschieden zu können und diese auch ausreichend zu definieren, müsse er unter anderem mit eigenen Mitarbeitern ausgestattet werden – ähnlich der MAK-Kommission. Wie bewerten Sie dies? Wird es hier Änderungen geben? Sollen in Zukunft auch multikausale Berufskrankheiten möglich werden?

Warum ist bislang keine psychische Erkrankung in der Berufskrankheitenliste aufgenommen und was tut die Bundesregierung, um dies zu ändern?

Im vergangenen Jahr sind laut DGUV lediglich zwei Fälle von Berufskrankheiten als sogenannte „Quasi-BK“ nach SGB VII §9 Abs 2 anerkannt worden. Wie bewerten Sie die Einrichtung der sogenannten „Quasi-BK“?

Gleichzeitig gibt es viele Menschen, deren Erkrankung zwar arbeitsbedingt ist, aber nicht auf der BK-Liste steht und deshalb abgelehnt wird. Experten fordern, dass die Fälle, die abgelehnt werden, weil ihre Erkrankung nicht auf der BK-Liste steht, in Zukunft alle automatisch an das BMAS und den ÄSBV gemeldet werden müssen. Wie bewerten Sie dies?

Viele Experten kritisieren, dass zu wenig zu neuen Berufskrankheiten geforscht wird. Die DGUV hat in den vergangenen zehn Jahren lediglich rund 17 Prozent ihrer Forschungsmittel – gut 750.000 Euro pro Jahr – in die Erforschung neuer Berufskrankheiten investiert. Wie bewertet das BMAS die Forschung zu Berufskrankheiten? Gibt es Pläne, mehr Geld in die Forschung zu geben? Falls ja, wie genau? Falls nein, warum nicht?

Experten fordern verpflichtende Kataster, in denen die Arbeitsbelastungen in allen Betrieben für mehrere Jahrzehnte aufbewahrt werden. Wie bewerten Sie dies?

Halten Sie die Aufsicht und Kontrolle des Bundesversicherungsamtes über die Berufsgenossenschaften für ausreichend? Planen Sie hier zusätzliche Mittel und Befugnisse für das Bundesversicherungsamt? Falls ja: Welche? Falls nein: Warum nicht?

Zahlreiche Experten kritisieren, dass vor Ärzte, Unternehmen, Krankenkassen und vor allem Betriebsärzte zu wenige Berufskrankheiten melden würden. Wie bewerten Sie das Meldeverhalten der genannten Institutionen? Gibt es konkrete Pläne, dieses zu ändern?

Antwort von BMAS-Pressesprecherin Maja Winter vom 27. Dezember 2018 um 13 Uhr

Sehr geehrter Herr Drepper,

nach Rücksprache im Haus schaffen wir es erst bis zum 7.1. Ihre ausführlichen Fragen zu beantworten.

Wir bitten um Verständnis.

Mit freundlichen Grüßen

Maja Winter

Antwort von BuzzFeed News Deutschland vom 28. Dezember 2018 um 22.33 Uhr

Sehr geehrte Frau Winter:

Vielen Dank Ihnen für Ihre Rückmeldung. Das hilft uns in der Planung, der 7. Januar wird für uns noch ausreichen.

Beste Grüße und einen guten Start in 2019

Daniel Drepper

Nachfrage von BuzzFeed News Deutschland vom 7. Januar 2019 um 17.31 Uhr

Liebe Frau Winter:

Ich hoffe es geht Ihnen gut und Sie sind gut ins neue Jahr gestartet. Sie hatten meinen Kolleginnen und mir am 28. Dezember geschrieben, dass Sie Ihre Antworten bis zum 7. Januar schicken können. Darauf haben wir unsere Produktionstermine angepasst. Schaffen Sie das heute Abend noch? Das wäre großartig. Bei Rückfragen können Sie sich natürlich melden.

Vielen Dank Ihnen im voraus und beste Grüße

Daniel Drepper

Antwort von BMAS-Pressesprecher Tim Stoltenberg vom 7. Januar 2019 um 18.18 Uhr

Sehr geehrter Herr Drepper,

es tut uns außerordentlich leid, aber leider ist es uns heute - aufgrund einiger Krankheitsfälle - nicht möglich, fristgerecht zu antworten.

Frau Schneider wird sich morgen mit Ihnen in Verbindung setzen.

Ich bitte um Ihr Verständnis!

Mit freundlichen Grüßen

Tim Stoltenberg

Antwort von BuzzFeed News Deutschland vom 8. Januar 2019 um 9.27 Uhr

Sehr geehrter Herr Stoltenberg:

Danke Ihnen für die Rückmeldung. Ich warte dann auf Frau Schneiders Anruf.

Beste Grüße

Daniel Drepper

Antwort von BMAS-Pressesprecherin Jarmila Schneider vom 8. Januar 2019 um 13.01 Uhr

Sehr geehrter Herr Drepper,

ich komme auf Ihre Anfrage zurück und kann Ihnen hierzu folgendes mitteilen (zu zitieren wie üblich mit dem Zusatz „laut BMAS“ bzw. „laut Sprecherin des BMAS“ ohne Namensnennung):

BMAS: Die Koalitionsvereinbarung (Zeile 2418ff.) der die Bundesregierung tragenden Parteien enthält die Formulierung: „Wir wollen den Sozialstaat modernisieren und fortlaufend an neue Herausforderungen anpassen. Dazu wollen wir u.a. die Unfallversicherung und das Berufskrankheitenrecht weiterentwickeln.“

Auf dieser Basis beabsichtigt die Bundesregierung im Jahr 2019 einen Gesetzentwurf vorzulegen. Inhalt und Einzelheiten des Entwurfs werden derzeit von der Fachebene des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales erarbeitet und sind innerhalb der Bundesregierung noch nicht abgestimmt. Im Rahmen der Entwicklung des Gesetzentwurfes werden sowohl die Überlegungen der DGUV, an deren Erarbeitung u.a. auch Vertreter der IG Metall beteiligt waren, als auch die Vorschläge der Bundesländer geprüft.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung in den Jahren 2017 und 2018 zur Situation des Berufskrankheitenrechts in Deutschland in Antworten auf insgesamt drei Kleine Anfragen von Fraktionen des Deutschen Bundestages umfassend Stellung genommen:

- Antwort der Bundesregierung vom 08.09.2017 auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE „Reformbedarf bei der Anerkennung von Berufskrankheiten“ (Bundestags-Drucksache 18/13543),
- Antwort der Bundesregierung vom 28.08.2018 auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Handlungsbedarf bei der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung“ (Bundestags-Drucksache 19/4093).
- Antwort der Bundesregierung vom 26.11.2018 auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE „Anerkennung von Berufskrankheiten“ (Bundestags-Drucksache 19/6044),

Soweit Sie in Ihrem ersten Fragenkatalog bestimmte Einzelaspekte des Berufskrankheitenrechts ansprechen, möchte ich hierzu auf folgende Antworten verweisen:

Rolle der Berufsgenossenschaften bei der Ermittlung der Anspruchsvoraussetzungen: Es wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 19/4093) - hier Frage Nr. 4 - verwiesen.

Auswahl der medizinischen Gutachter: Es wird auf die Antworten der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 19/4093) - hier Frage Nr. 6 - sowie auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE (BT-Drs. 18/13543) - hier die Fragen Nr. 28 und 29 - verwiesen.

Rolle der Selbstverwaltung bei der Feststellung der Ansprüche: Es wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 19/4093) - hier Frage Nr. 4 - verwiesen.

Beteiligung der Landesgewerbeärzte: Es wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE (BT-Drs. 18/13543) - hier Frage Nr. 36 - verwiesen.

Beweisanforderungen im Anerkennungsverfahren: Es wird auf die Antworten der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE (BT-Drs. 18/13543) - hier Fragen Nr. 11 und 15 - verwiesen.“

Mit freundlichen Grüßen

Jarmila Schneider

Antwort von BuzzFeed News Deutschland vom 8. Januar 2019 um 14.04 Uhr

Sehr geehrte Frau Schneider:

Vielen Dank Ihnen für Ihre Rückmeldung und die Antworten auf unsere Fragen. Das hilft mir weiter. Sollten sich noch Rückfragen ergeben, melde ich mich bei Ihnen.

Bis dahin alles Gute und beste Grüße
Daniel Drepper

Antwort von BMAS-Pressesprecherin Jarmila Schneider vom 15. Januar 2019 um 11.54 Uhr

Sehr geehrter Herr Drepper,

zu Ihrem zweiten Fragenkatalog nehmen wir wie folgt Stellung und fügen gern die in den nachfolgenden Ausführungen in Bezug genommenen Antworten auf die drei Kleinen Anfragen zum BK-Recht sowie das Weißbuch der DGUV als Anlagen bei.

BMAS: Wie bereits in der Stellungnahme auf Ihren ersten Fragenkatalog mitgeteilt, beabsichtigt die Bundesregierung im Jahr 2019 einen Gesetzentwurf zur Fortentwicklung des Berufskrankheitenrechts vorzulegen. In die Entwicklung dieses Gesetzentwurfes werden insbesondere auch die von Ihnen angesprochenen Themenkomplexe des Unterlassungszwangs, der Arbeit des Ärztlichen Sachverständigenbeirats Berufskrankheiten, der Forschung zu Berufskrankheiten und der Errichtung von Arbeitsplatzkatastern einbezogen werden.

Soweit Sie außerdem die Qualität der Sachbearbeitung und der Verwaltungsabläufe bei den Unfallversicherungsträgern thematisieren, ist dazu Folgendes zu bemerken:

Die gesetzlichen Unfallversicherungsträger sind rechtlich selbständige Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung. Sachbearbeitung und Verwaltungsabläufe unterliegen daher zuvorderst ihrer eigenen Verantwortung. Über die zahlreichen Maßnahmen und Initiativen, die die Unfallversicherung in den letzten Jahren zum Qualitätsmanagement und zur Qualitätssicherung in Berufskrankheitenverfahren ergriffen hat, verweise ich daher auf die Darstellung im Kapitel Handlungsfelder des im Dezember 2016 veröffentlichten Weißbuchs der DGUV „Berufskrankheitenrecht 2016 - Probleme-Herausforderungen-Lösungen“. Darüber hinaus haben die Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten in den Selbstverwaltungsorganen die Möglichkeit, maßgeblichen Einfluss auf grundsätzliche Fragen der Organisation zu nehmen sowie Entscheidungen in Berufskrankheitenverfahren selbst zu treffen (Rentenausschüsse) oder zu kontrollieren (Widerspruchsausschüsse). Auch die Ergebnisse der Sozialgerichtsverfahren bestätigen die hohe Qualität der Verwaltungsverfahren der Unfallversicherung, da seit Jahrzehnten in ca. 90% der Fälle die Entscheidungen der Unfallversicherungsträger bestätigt werden.

Der ferner von nicht näher genannten Experten erhobenen Forderung, abgelehnte Fälle außerhalb der Berufskrankheitenliste, d.h. Anerkennungsverfahren nach § 9 Absatz 2 SGB VII, automatisch an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und dessen Ärztlichen Sachverständigenbeirat Berufskrankheiten zu melden, wird in der Praxis bereits seit vielen Jahren Rechnung getragen. Die DGUV übermittelt dem Ministerium jährlich eine entsprechende Aufstellung. Soweit sich hier über die jeweiligen Einzelfälle hinaus signifikante Häufigkeiten bei bestimmten Krankheiten oder Tätigkeiten zeigen, wird der Ärztliche Sachverständigenbeirat mit der Thematik befasst.

Zu Ihren weiteren Einzelfragen hat die Bundesregierung bereits in ihren Antworten auf die drei Kleinen Anfragen von Fraktionen des Deutschen Bundestages Stellung genommen, auf die ich wie folgt verweisen möchte:

Aufnahme multikausal verursachter Erkrankungen in die Berufskrankheitenliste

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE (BT-Drs. 18/13543) - hier Frage Nr. 61 - verwiesen.

Aufnahme psychischer Erkrankungen in die Berufskrankheitenliste

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE (BT-Drs. 18/13543) - hier Frage Nr. 18 - verwiesen.

Anerkennung sog. „Wie-Berufskrankheiten“ nach § 9 Absatz 2 SGB VII

Es wird auf die Antworten der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE (BT-Drs. 19/6044) - hier Frage Nr. 7 und die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE (BT-Drs. 18/13543) - hier Frage Nr. 4 - verwiesen.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass nach den Statistiken der DGUV im Jahr 2017 nicht lediglich in zwei, sondern in 32 Fällen eine Erkrankung als „Wie-Berufskrankheit“ nach § 9 Absatz 2 SGB VII anerkannt wurde.

Aufsicht und Kontrolle durch das Bundesversicherungsamt

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE (BT-Drs. 18/13543) - hier Frage Nr. 18 - verwiesen.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass das Bundesversicherungsamt in einem jährlichen öffentlichen Bericht über seine Aufsichtstätigkeit informiert. Weder hier noch an anderer Stelle sind die Aufsichtsbefugnisse als nicht ausreichend angesehen worden.

Meldung von Berufskrankheiten

Es wird auf die Antworten der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE (BT-Drs. 19/6044) - hier Fragen Nr. 1 und 4, die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE (BT-Drs. 18/13543) - hier Frage Nr. 2 - sowie auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 19/4093) - hier Fragen Nr. 10 und 14 verwiesen.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass die DGUV in den letzten Jahren ein webbasiertes Tool „BK-Informationen für Ärzte (BKI)“ entwickelt hat, um die Ärzteschaft umfassend und

aktuell über berufskrankheitenrelevante Fragestellungen fachbezogen zu informieren und insbesondere die Verdachtsanzeige auf eine Berufskrankheit zu erleichtern.“

Antwort von BuzzFeed News Deutschland vom 16. Januar 2019 um 16.42 Uhr

Sehr geehrte Frau Schneider:

Vielen Dank Ihnen für Ihre ergänzende Rückmeldung. Sollten sich hieraus Nachfragen ergeben, melde ich mich bei Ihnen.

Alles Gute und beste Grüße
Daniel Drepper

Nachfrage von BuzzFeed News Deutschland vom 17. Januar 2019 um 8.46 Uhr

Sehr geehrte Frau Schneider:

Noch einmal vielen Dank Ihnen für Ihre schnelle und ausführliche Rückmeldung auf meine Fragen.

Ich habe nur noch einmal eine kleine Fact-Checking-Frage. Ich interessiere mich für sieben Berufskrankheiten und den Zeitpunkt Ihrer Einführung.

Könnten Sie mir bis morgen Abend kurz bestätigen, dass die folgenden Angaben richtig sind?

Lungenkrebs durch Nickelverbindungen: Berufskrankheit 1988.

Nasenhaupt- und Nasennebenhöhlenkarzinom in der Schuhherstellung: bislang keine Aufnahme in der Berufskrankheitenliste.

Kehlkopfkrebs durch Asbest: Berufskrankheit 1997.

Kehlkopfkrebs durch Schwefelsäure-Aerosole: Berufskrankheit 2015.

Hautkrebs durch UV-Strahlung: Berufskrankheit 2015.

Lungenkrebs durch Passivrauchen: bislang keine Aufnahme in die Berufskrankheitenliste (ÄSVB hat Aufnahme beschlossen, Umsetzung steht noch aus).

Lungenkrebs durch Dieselmotoremissionen: bislang keine Aufnahme in die Berufskrankheitenliste.

Sollten Sie Rückfragen haben oder zusätzliche Informationen benötigen, können Sie mich natürlich auch jederzeit telefonisch erreichen.

Beste Grüße und vielen Dank noch einmal
Daniel Drepper

Nachfrage von BuzzFeed News Deutschland vom 17. Januar 2019 um 15.40 Uhr

Sehr geehrte Frau Schneider:

Mir ist noch eine Sache aufgefallen: Auf meine Frage zum Ärztlichen Sachverständigenbeirat Berufskrankheiten hatten Sie leider nicht geantwortet. Deshalb stelle ich diese Frage noch einmal – ergänzt um eine kleine Zusatzfrage zur Ausstattung des Beirates. Könnten Sie mir zu dieser Frage bis morgen Abend kurz Rückmeldung geben?

Wie viele Mitarbeiter hat der Ärztliche Sachverständigenbeirat Berufskrankheiten? Wie viele Mittel hat der ÄSVB zur Verfügung, um zusätzliche Forschung zu beauftragen? Sind diese Mitarbeiter und Mittel in Gänze aus Steuergeld finanziert? Experten und Mitglieder des Ärztlichen Sachverständigenbeirates Berufskrankheiten kritisieren, dass der Beirat zu wenig Mittel hat, um effizient zu arbeiten. Um zeitnah neue Berufskrankheiten verabschieden zu können und diese auch ausreichend zu definieren, müsse er unter anderem mit eigenen Mitarbeitern ausgestattet werden – ähnlich der MAK-Kommission, der STIKO oder dem SRU. Wie bewerten Sie dies? Wird es hier Änderungen geben?

Vielen Dank Ihnen und beste Grüße
Daniel Drepper

Nachfrage von BuzzFeed News Deutschland vom 19. Januar 2019 um 15.41 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren:
Sehr geehrte Frau Schneider:

Leider habe ich von Ihnen auf meine beiden Nachfragen vom Donnerstag (um 8.46 Uhr und um 15.40 Uhr) noch keine Rückmeldung bekommen. Ich hatte gebeten, mir bis zum gestrigen Abend eine Rückmeldung zukommen zu lassen. Es würde mir sehr helfen, wenn Sie eine Antwort bis zum Montagabend, 21. Januar, nachreichen könnten. Bei Rückfragen erreichen Sie mich natürlich jederzeit per E-Mail oder auch unter 0151 407 95 370.

Vielen Dank Ihnen und beste Grüße

Daniel Drepper

Antwort vom BMAS-Pressesprecherin Jarmila Schneider vom 21. Januar 2019 um 9.32 Uhr

Sehr geehrter Herr Drepper,

die Angaben sind zutreffend.

Zu Pkt. 2 (Nasenhaupt- und Nasennebenhöhlenkarzinom in der Schuhherstellung) wird ergänzend darauf hingewiesen, dass die Beratungen im Ärztlichen Sachverständigenbeirat „Berufskrankheiten“ im Jahr 2014 eingestellt worden sind, da trotz eingehender Prüfung der vorhandenen Literatur und intensiver, mehrjähriger Beratung keine hinreichenden wissenschaftlichen Erkenntnisse festgestellt werden konnten, die den Anforderungen des § 9 SGB VII für eine neue Berufskrankheit genügen.

Zu Pkt. 6 (Lungenkrebs durch Passivrauchen) wird ergänzend darauf hingewiesen, dass die Beratungen im Ärztlichen Sachverständigenbeirat „Berufskrankheiten“ zwar abgeschlossen, die finale Fassung einer wissenschaftlichen Empfehlung dort aber noch erstellt und schlussabgestimmt werden muss.

Mit freundlichen Grüßen

Jarmila Schneider

Antwort von BuzzFeed News Deutschland vom 21. Januar 2019 um 9.50 Uhr

Sehr geehrte Frau Schneider:

Vielen Dank Ihnen für die schnelle Rückmeldung und die weitergehenden Informationen. Die Information zu Punkt 2 war mir neu.

Beste Grüße und auf bald
Daniel Drepper